

Saale-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

werden d. Sp. 34. 35 mm br. Milli-
meterweite oder deren Raum mit
20 Pf. bezahlt u. in unferen An-
nahmestellen u. allen Anzeiger-
schaften angenommen. Bestellen
die 20 mm br. Millimeterweite 60 Pf.
Anzeiger-Annahmegebühr vom
11 Uhr, für die Sonntags- u. abbe-
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erschließung: Halle. Erscheint
zwei mal, Sonntags 2 mal. Schrift-
liche u. bezugs-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Er. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:
Halle, Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummer 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostanstalten ange-
nommen. Im anal. Zeitungs-
verzeichnis unter Saale-Zeitung einge-
tragen. Für unentgeltlich eingegan-
gene Manuskripte wird eine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Saale-Zeitung“ ge-
statet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 471.

Halle, Mittwoch, den 8. Oktober.

1919.

Der Kanzler über Deutschlands Politik.

Reichskanzler Bauer über die äußere und innere Politik der Regierung nach dem Wiedereintritt der Demokratie. Die Rede des neuen demokratischen Führers. — Die Eisener Division bei den Russen!

(Eigener drahtlicher Parlamentsbericht der „Saale-Zeitung“.)

Die Vorstellung der Regierung.

Die nächsten Tage dürften die Ernennung des
Wiederaufbau-Ministers bringen, den die Demokratie
aus ihren Reihen stellen wird. Dann befinden sich in
der so umgebenen Regierung wiederum drei demo-
kratische Minister. Die neue Regierung — wenn man
diese Bezeichnung wählen darf — nahm die erste Ge-
legenheit wahr, um gestern durch den Mund des Reichs-
kanzlers Bauer ihr Programm zu verkünden. Ein Pro-
gramm? Gewiß, so darf man das nennen, was Herr
Bauer dem Reichstage darlegte, wenn seine Ausführun-
gen auch nicht durchweg den Reiz der Neuheit hatten.

Der Reichskanzler ging bei seinen Darlegungen von
der inneren Politik aus. Trotz des Berliner Metall-
arbeiterstreikes, von dem wir zur Stunde noch nicht
wissen, ob er nicht weitere Kreise ziehen wird, erscheint
Bauer als Optimist, indem er meint, daß wieder ein
Zug von Arbeit durch das Volk geht. Auch wir wissen,
daß z. B. die Kohlenförderung wieder etwas gestiegen
ist, aber wir möchten doch die Entwicklung der nächsten
Wochen abwarten, ehe wir zu irgendwelchen optimisti-
schen Auslassungen neigen. In seinen späteren Aus-
sicherungen mußte Herr Bauer schließlich auch auf
sich selbst zugeben, daß noch viel für die Steigerung der
Kohlenproduktion geschehen muß, wobei er übrigens die
mangelnden Leistungen unserer Eisenbahnerkräfte
kritisierte. Einen breiten Raum nimmt in der Rede
Bauers der sozialpolitische Teil ein, der mit der Ueber-
sicht versehen werden könnte: Der soziale Sinn
muß und wird sich durchsetzen! Dem Ver-
triebsgesetz soll eine Vorlage über Wirtschaftskräfte
folgen. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen nach
dem Kanzler bereits Anfang des neuen Jahres erfolgen.
Die verpreierten Streiks sollen durch den Ausbau der
Schlichtungsausschüsse eingedämmt werden. Weitere
neue Gesetzesvorlagen, die Bauer ankündigte, sollen sich
mit der Einstellung von Kriegesbeschäftigten, mit der
Neuregelung der Militärrenten-Versicherung, mit der
Heimstättenfrage und mit dem 8-Stunden-Tage beschäf-
tigen. Schon bekannt war, daß die vielfach mißbrauchte
Arbeitslosen-Versicherung durch Umwandlung in eine Ar-
beitslosen-Versicherung abgebaut werden soll.

Bei der Behandlung der außenpolitischen
Frage wandte sich der Kanzler mit entscheidender
Schärfe sowohl gegen rechts wie gegen links. Er geißelte
die Tätigkeit der unabhängigen Sozialdemokratie, die
durch ihre Märsche über die Stärke der Reichswehr-
truppen Wasser auf die Mühlen der chauvinistischen
Entwickler leiten. Und ebenso bezieht war seine An-
rede nach der rechten Seite, die durch ihre kaum ver-
füllten monarchistischen Bestrebungen die Lage Deutsch-
lands nicht minder erschwert. Insgesamt 400 000 Mann
ist die Reichswehr noch stark, nicht 1 200 000 Mann, wie
von unabhängigen sozialistischer und kommunistischer
Seite immer wieder betont wird. Deutschnationale
Drumhergegerung im Innern, sowie deutschnationale
Weltvergiftung nach außen fanden erneut die gebüh-
rende Charakterisierung.

Von den übrigen Parteiführern, die gestern noch
zu Worte kamen, fand die größte Beachtung der neue
Führer der Demokratie, der Nachfolger Raumanns,
Abg. Senator Peterzen, der bekanntlich am morgigen
Donnerstagabend in Halle sprechen wird. Seine Aus-
sicherungen gingen noch einmal, daß sich die Demokratie
mit ihrem Wiedereintritt in die Regierung nicht an die
Futurkritik setzen wollte, wie es im deutschnationalen
Gehörgen so geschmacklos heißt, sondern sie handelte so,
weil die Notlage unseres Vaterlandes eine solche
Handlungsweise gebietet. Andererseits
aber wird sich die Demokratie nicht mit der Trägung
der Verantwortung begnügen, sondern sie wird mit allen
Kräften bemüht sein, sich durchzusetzen. Die praktische
Politik der nächsten Wochen und Monate wird den demo-
kratischen Wiedereintritt in die Regierung vollends
rechtfertigen müssen. C. H.

Der Sitzungsbericht.

17. B. Berlin, 7. Oktober. 92. Sitzung.
Im Ministerrat: Erdberger, Müller, Schilde, Dr. Bell,
Schäffer, Noke, Reichskanzler Bauer und andere.
Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 1 Uhr
20 Minuten.

Zur zweiten

Beratung des Haushaltes:
Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei, nimmt
nach dem Abgeordneten Volk (Ztr.), als Berichterstatter,
das Wort.

Reichskanzler Bauer:

Ich nehme zunächst Mitteilung von der Erweiterung
der Reichsregierung durch den Eintritt der Demokra-
toren in das Kabinett und fährt dann fort:
So heißt sich Ihnen das Kabinett heute in seiner neuen
Gestaltung vor, ein Kabinett, das

die übergroße Mehrheit dieses Hauses
und damit unseres Volkes repräsentiert. Ob dieses Stärke-
verhältnis immer noch der parteipolitischen Schichtung
Deutschlands entspricht, sollen

die Neuwahlen

zum ersten Reichstag der Republik zeigen, die nicht vor dem
Freihjahr angelegt werden können. Die Regierung wird in
dem von mir geschätzten Rahmen mit dem frühesten Termin
einberufen sein. Das

Programm des Kabinetts

ist das Gleiche geblieben.
Eines darf ich freudig und dankbar feststellen:

es geht wieder ein Zug nach Arbeit,
nach Konsolidierung durch das Volk, besonders
durch die Arbeiter. In Deutschland wird immer noch zu
viel geküßelt, in Deutschland wird zu viel. Die milde,
keine Kerse.

unbedenkliche Streikpolitik ist verzerrt.
Eine Regierung, der vorzuziehen ist die Ehre habe, wird nie an
das Streikrecht als wirtschaftliches Kampfmittel zu
rühren wagen. Aber die andere zehrende Schicht des
Krieges liegt noch in unserer Mitte:

die Korruption.

Eine moralische Entzweiung ohne Gleichen gibt es hier in
einen Schichten zu befehlen mit aller Eberungsgelöstigkeit,
ohne irgend ein Ansehen der Person.

Nach die
parlamentarische Tätigkeit dieses Winters
wird in großem Umfange in der Feststellung der Rechte der
wirtschaftlich Schwächeren, vor allem der Arbeiter, bestehen.
Recht und Rechte verlangt die Arbeiterschaft in dem
Umfange, wie es ihrer Bedeutung für das Volksganze
zukommt. Die Republik ist entschlossen, diesen Rechts-
anspruch zu erfüllen. Der Ausdruck dieses Ent-
schlusses ist vor allem der Gehelentwurf für
die Betriebsräte.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Wirtschaft-
skräfte soll Ihnen so bald wie möglich vorgelegt werden. Die
Wahlen zu den Betriebsräten sollen möglichst schon im
Anfang des nächsten Jahres stattfinden können, und die
Wahlen zu den Wirtschaftskräften vielleicht schon einige
Wochen später. Die Reichsregierung ist mit dem Entzweiung
darüber einig, daß dies je eher desto besser geschieht. Wir
mühten das Streikrecht mit dem Gesetz der Pflicht gegen-
über der Allgemeinheit in Einklang bringen. Es muß
eine Schlichtungsordnung.

deren Entwurf im Reichsministerium bereits vorliegt, die
Rechtsgarantien für die ordnungsgemäße Belegung der
Schlichtungsausschüsse, und für ein geregeltes Verfahren fest-
legen, das das letzte Ziel dieser Entwicklung ist:

das obligatorische Schiedsgericht,
das die Streiks auf das äußerste Maß und die schwersten
Fälle beschränkt. Ein Gesetz über den Entzweiungszwang
der Kriegesbeschäftigten soll gerade den Schwerbeschäftigten
Arbeit und Auskommen sichern. Daneben geht das große
Wort der

Neuregelung der Militärrenten-
Verordnung.

Ein dritter Weg, den Opfern des Krieges vor allem zu
helfen, soll das Reichsheimstättengesetz sein, das
Ihnen voraussichtlich in Bälde zugehen wird. Auf dem
Gebiete des allgemeinen Arbeitsschutzes ist ein Arbeits-
zeitgesetz in Vorbereitung, das

den Arbeitskündentag sicherstellen
soll.

Die gewerkschaftlichen Grundsätze und nicht
minder die finanziellen Verhältnisse des Reiches ver-
langen eine

Umgestaltung der vielfach mißbrauchten
Arbeitslosenfürsorge.

Den endgültigen Aufbau der heutigen Zustände soll die geeig-
nete Arbeitslosenversicherung bringen. Die
Produktion in den Kohlenbezirken ist noch längst nicht auf

der Höhe. Wenn uns nicht eine Steigerung der Arbeit vor
allem in den

Eisenbahnerwerkstätten

gelingt, dann können wir Kohle und Industrie nicht in den
früheren Zusammenhang bringen.

Faßt überall in der Welt außerhalb unserer Grenzen
ist wieder eine Propaganda am Werke, die

uns den Friedenswillen abspricht,
die immer noch Imperialismus und Vertragbruch in unse-
ren Handlungen und Einrichtungen mittert. Den meisten
Mißdeutungen und Verwicklungen ist die militärische In-
situation der Republik ausgesetzt, die Reichswehr.

Wir
brauchen heute die Truppen noch zu
zwei Zwecken:

erstens, um im Innern das Maß staatlicher Ordnung auch
gegen Gewalt aufrechtzuerhalten, und zweitens, um dort ein
Vorzugnehmen der Entscheidung zu verhindern, wo nach dem
Friedensvertrag eine freie, unbeeinträchtigte Volk-
abstimmung über das künftige Schicksal deutscher Lands-
bestteile eintritt sein soll. Vor dem Inkrafttreten des Fried-
ensvertrages ist die Zerstückelung des Reiches aus die
vorgeschriebene Mindestzahl nicht möglich. So haben wir
heute noch rund 200 000 Mann im Innern und fast eben-
viel an den äußeren Grenzen stehen. Wir alle unsere Ein-
richtungen, so befindet sich auch die Reichswehr in einem
Zustande der Umbildung, der

Anpassung an die junge Republik.

Wer seine Pflicht tut und seine Stellung nicht innerlich
parteilich mißbraucht, ist in der Reichswehr der Republik
willkommen. Eine Volkswehr: das ist unser Ziel. Auf
was trägt sich nun das Wärechen von angeblichen deutschen
Militaristen? Das Anstand kann sich nicht so schnell
hinwenden in die Zukunft, daß die nicht vorhandene
passifische Stellung in Deutschland die Führung an sich
geriffen hat. Aber das Schlimmere ist, daß dem Anstande
aus Deutschland selbst, von rechts und von links,

das Bild der Republik gezeichnet
wird, daß von den Deutschnationalen wieweil der Eindrud
eines erstarbenden Nationalismus mit Wälen angekrebt
wird, während die Unabhängigen sich nicht genug tun können
in der Abhängigkeiten der Regierung. Ich er-
kläre daher mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck:
Es ist unser Bestreben, den Friedensvertrag nach Kräften
und in allen Teilen zu erhalten und erfüllen. Im ganz be-
sonderen Maße gilt das aber von den militärischen Bedin-
gungen des Friedens. Zwei Monate nach der Ratifizierung
soll das deutsche Heer nur noch 200 000 Mann betragen —
also wird es nur 200 000 Mann betragen, nicht einen mehr.

Heraus wollen wir aus dem Vakuum
mit allen Mitteln. Der Aufzug der Regierung an die Trup-
pen im Vakuum, hat, so denke ich, eine deutliche Sprache
gesprochen. Ich bin überzeugt, unsere Maßnahmen werden
zu einem Erfolg führen um so schneller, wenn die Enten
unserer Berührung annehmen, eine Kommission mit uns zu
bilden, deren Aufgabe es wäre, eine Prüfung der Schlage
zu ermöglichen zur gleichzeitigen Durchführung zu treffen,
zu überlegen und durchzuführen.

Zwei Tage vor Eintritte des Ultimatum's hatte
die Reichsregierung bereits die entscheidenden Maßnahmen
getroffen und sie der Entente mitgeteilt. Dennoch kam das
Ultimatum mit der härtesten Drohung. Die Reichs-
regierung hat die härteste Verwarnung dagegen einge-
legt, daß auf neue solche

unmensliche Kriegsmahnahmen gegen
die Zivilbevölkerung

angewendet werden. Von dieser Stelle aus nehme ich
diesen Protest noch einmal an, um den einfachen
Teilhabern teilzunehmen; weil außerhalb des Reichsgebietes
der Republik, die mit allen Mitteln ohnmächtig gemacht
wurde, Soldner ihrer egoistischen Abenteuerlust nachgehen
sind, soll auf neue der deutschen Frau und dem deutschen
Kinde das höchste Zeit und Mühe abgedrückt werden, das
unter verarmtes Vaterland anherhalb der Grenzen laufen
läßt.

So haben wir uns den Anbruch der Area
des Völkerebundes nicht gedacht.

Der vom ganzen Volke so lange ersehnte Rücktrans-
port unserer Kriegesgefangenen hat endlich be-
gonnen. Außerordentlich herzlich ist aber, daß er erst
geringe Fortschritte gemacht hat, daß zahlreiche Kriegsgefangenen
von uns gerufen und daß andere gehindert werden, sich uns
anzuschließen. Auch das müssen wir ertragen. Denn wir
wollen den Friedensvertrag loyal durchführen. Was uns
aber kein Friedensvertrag nehmen kann, ist das Gefühl der
nationalen Zusammengehörigkeit. Und unsere
deutschen Stammesgenossen, die künftighin uns getrennt
sind und getrennt bleiben, sollen wissen: wir werden auf den

